



Regierungsratsbeschluss vom 01. September 2026

Schriftliche Anfrage Johannes Sieber betreffend die politische Repräsentation der Wohnbevölkerung und die Möglichkeiten ergänzender Bevölkerungsbefragungen zu Volksabstimmungen

P265256

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Dem Regierungsrat liegen keine Grundlagen dafür vor, um den wissenschaftlichen und demokratiepolitischen Nutzen einer regelmässigen Erhebung der politischen Präferenzen der gesamten Wohnbevölkerung abzuschätzen. Auch stellt sich die Frage nach der rechtlichen Grundlage für solche Befragungen bzw. nach dem Vorliegen einer Staatsaufgabe.

